

SP setzt ihren Erfolg bei Steuervorlagen fort

Das Volk lehnt die Teilabschaffung der Stempelsteuer mit knapp 63 Prozent deutlich ab. Das freut SP und Grüne.

Chiara Stäheli

BERN. Der Abstimmungskampf war eine einzige Jacqueline-Badran-Show. Die Zürcher SP-Nationalrätin hat sich akribisch vorbereitet, mit Experten geredet, Daten gesammelt. Badran war auf allen Kanälen. Es ging dabei längst nicht nur um die Abschaffung der Emissionsabgabe. Sondern um ihr Lebensthema: Der Entlastung von Kapital und der Belastung von Arbeit endlich und für immer den Riegel zu schieben. Ein Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik.

Und nun steht sie da, diese Jacqueline Badran und zeigt sich emotional. Sie ist den Tränen nah, als sich ein Nein zur Teilabschaffung der Stempelsteuer abzeichnet. Die SP-Nationalrätin wird umgarnt von ihren Parteimitgliedern, eilt von Interview zu Interview und nimmt dazwischen Glückwünsche entgegen.

Bei einer Zigarette draussen in der Sonne, spricht die 60-Jährige davon, dass die tiefe Besteuerung von Lohn, Arbeit und Konsum den Sozialdemokraten zu verdanken sei: «Das ist unser Erfolgsmodell.» Am Sonntag habe das Volk einmal mehr gezeigt, «dass es nicht länger bereit ist, die Steuerprivilegien der grossen Firmen zu finanzieren».

SP profiliert sich in Steuerpolitik

Der Abstimmungserfolg ist nicht der Erste dieser Art: In den letzten fünf Jahren konnten die Sozialdemokraten in Steuerfragen mit dem heute erfolgten Abstimmungssieg bereits drei Erfolge auf ihrem Konto verbuchen: 2017 hat das Volk die Unternehmenssteuerreform III deutlich abgelehnt, und 2020 scheiterte die Erhöhung der Kinderabzüge an der Urne mit über 60 Prozent Nein-Stimmen.

Diese Siege sind bitter nötig. Denn von der grünen Welle hat die Partei nicht profitiert. Stattdessen eilen Grüne und Grünliberale von Erfolg zu Erfolg. Um so wichtiger sind daher nun die Erfolge in der Steuerpolitik: Es ist klassisches SP-Terrain. Auch wenn die Grünen im Seitenwagen mitfeiern.

Mehr verhindern als gestalten?

Geht es nach der SP, soll die Siegeserie schon im Herbst dieses Jahres fortgeführt werden: Dann kommen aller Voraussicht nach die AHV-Reform sowie die Reform der Verrechnungssteuer vors Volk. Bei beiden Vorlagen haben



SP-Politikerin Jacqueline Badran wird beglückwünscht.

BILD KEY

die Sozialdemokraten das Referendum ergriffen.

Es scheint, als wäre die SP unablässig damit beschäftigt, Vorhaben von bürgerlicher oder behördlicher Seite zu verhindern. Bleibt da überhaupt Zeit, die Schweiz aktiv zu gestalten? «Ja», sagt Meyer. Die grundsätzliche Aufgabe der Politik sei es, Dinge zu verändern. «Weil wir mit unserer Politik die Menschen ins Zentrum stellen, sind wir aber oftmals gezwungen, das Referendum zu ergreifen, damit keine negativen Veränderungen eintreten.»

Gleichwohl wolle auch die SP Veränderungen gestalten: Meyer verweist auf die Kita- und die Klimafonds-Initiative, welche die Partei Anfang Februar angekündigt hat.

Auch wenn die SP an diesem Sonntag freudig wirkt: In der Partei läuft längst nicht alles so, wie es sollte: Bei den Wahlen 2019 verlor die SP drei Sitze im Ständerat sowie vier Sitze im Nationalrat, und auch bei den kantonalen Wahlen

«Unser Ziel ist also klar: Wir wollen bei den Wahlen 2023 gewinnen.»

Mattea Meyer
SP-Co-Präsidentin

VIDEO
Interviews unter www.shn.ch/click

zeigt sich, dass viele Parteimitglieder zu den Grünen abwandern. Grund zur Sorge bietet zudem das Wahlbarometer der SRG, das im letzten Oktober zur Halbzeit der Legislatur veröffentlicht wurde. Es bestätigt den Abwärtstrend: Die SP verzeichnet gemäss Wahlbarometer eine Einbusse von rund einem Prozent.

Doch warum gewinnt die SP Abstimmung nach Abstimmung, verliert aber bei den Wahlen? «Tatsächlich ist die Grosswetterlage bei den Wahlen nicht so einfach», sagt Nationalrätin Barbara Gysi. Ein Grund dafür dürften die Verschiebungen innerhalb des linken Lagers sein. SP-Co-Präsidentin Meyer gibt sich gelassen. Dem Wahlbarometer messe sie nicht all zu grosses Gewicht bei. Viel eher will sie künftig misslungene Vorlagen schon im Parlament stoppen und damit Referenden unnötig machen. «Um das zu schaffen, brauchen wir mehr Sitze. Unser Ziel ist also klar: Wir wollen bei den Wahlen 2023 gewinnen.»

Kommentar

Doch nichts gelernt

Vor fünf Jahren scheiterte die Unternehmenssteuerreform III (USR III) am Widerstand der SP, Grünen und Gewerkschaften letztlich an der Urne. Erst mit der Steuer-AHV-Vorlage (Staf) konnte die Firmenbesteuerung umgestaltet werden. Jenes Paket brachte als Ausgleich zu tieferen Gewinnsteuersätzen zusätzliches Geld für die erste



Reto Zanettin
Inlandredaktor

reto.zanettin@shn.ch

«Vorlagen müssen mehr sein als Standortpolitik.»

Säule der Altersvorsorge. Deswegen unterstützte auch die politische Linke die Vorlage. Man habe aus dem Nein gegen die USR III gelernt, schrieb der Bundesrat. Doch nun hat mit der Abschaffung der Emissionsabgabe eine weitere Steuervorlage aus Bundesbern Schiffbruch erlitten. Über 60 Prozent haben gestern Nein dazu gesagt. Das Unbehagen reicht also bis ins bürgerliche Lager hinein. Aufgrund der Erfahrung mit der USR III, der Staf und von gestern lautet eine Interpretation: Steuervorlagen, die das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen ritzen, sind so gut wie chancenlos. Warum etwa sollten Unternehmen von einer einprozentigen Steuer entlastet werden, wenn man selbst bei jedem Einkauf Mehrwertsteuer bezahlt? Finanzminister Ueli Maurer blieb die Antwort darauf schuldig. Das hat seinen Preis. Denn die Emissionsabgabe weist Konstruktionsfehler auf. Etwa werden Start-ups, die Kapital beschaffen, getroffen, bevor sie überhaupt etwas verdient haben. Insofern werden wirtschaftsnahe Parteien weiter auf Steuererleichterungen für Firmen drängen. Daran ist nichts Falsches. Doch kommende Steuervorlagen müssen mehr sein als Standortpolitik. Sie müssen gesellschaftspolitisch mehrheitsfähig sein. Gegen die Verrechnungssteuerreform haben die Sozialdemokraten bereits das Referendum ergriffen, was nahelegt: Die Landesregierung hat eben doch nicht die Lehren gezogen, von denen sie gesprochen hat. Zu hoffen bleibt, dass die Wirtschaft nicht doch Schaden nimmt, wenn Unternehmenssteuerreformen stets aufs Neue scheitern.

Nachgefragt

«Schlaue Firmen bilden Reserven»



Daniel Lampart
Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herr Lampart, die Emissionsabgabe bleibt. Welche sind Ihre Vorschläge, um die Schweiz steuerlich attraktiv zu halten?

Daniel Lampart: Die Schweiz ist steuerlich für Unternehmen attraktiv. Der Wirtschaft geht es gut – teilweise sogar sehr gut, selbst nach der Coronakrise. Wir konnten Arbeitsplätze und Löhne sichern. Wäre das nicht gelungen, würden wir nun ganz anders dastehen.

Gelungen ist das, weil der Staat unterstützend eingegriffen hat.

Lampart: Die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig unser Sozialstaat ist. Er ist die beste Versicherung für Krisenzeiten. Das hat sich in den letzten zwei Jahren bestätigt. Früher hiess es oft, man solle den Staat zurückfahren. Das wäre in der Coronakrise eine Katastrophe gewesen.

Die Emissionsabgabe trifft Start-ups, bevor diese überhaupt etwas verdient haben. Wie sollen innovative Jungunternehmen gerade in der Produktentwicklung gestärkt werden?

Lampart: Bei Start-ups ist nicht die Emissionsabgabe das Problem. Für sie gilt grundsätzlich das Gleiche wie für die ganze Wirtschaft. Sie brauchen qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte. Die Schweizer Arbeitnehmenden sind heute die Champions League. Wir müssen schauen, dass das so bleibt. Es gibt keine Innovation, keine Weiterentwicklung unserer Produkte, wenn das Know-how fehlt.

Insofern ist die Verfügbarkeit von Arbeitskräften ausschlaggebend?

Lampart: Genau. Man kann vieles dafür tun. Entscheidend ist eine gute finanzielle Situation der Menschen. Kinder aus armen Familien können keine höhere Ausbildung machen. Die Schweiz ist schon in der Vergangenheit gut gefahren, wenn sie eine ausgeglichene Einkommens- und Vermögensentwicklung

angestrebt hat. Alle, die wollen, sollen eine Ausbildung durchlaufen können. Auch das hat diese Abstimmung signalisiert.

Wie genau meinen Sie das?

Lampart: Es darf keine unnötigen Steuernenkungen geben. Das Geld sollte dort eingesetzt werden, wo es am meisten nützt, nämlich bei den Privathaushalten, die Miete und Krankenkasse kaum bezahlen können.

Von bürgerlicher Seite wird wohl weiterhin Druck auf eine Entlastung der Unternehmen kommen.

Lampart: Wir sammeln Unterschriften für das Referendum zur Verrechnungssteuer. Diese steht völlig quer in der Landschaft. Die Verrechnungssteuer reform belastet einfache Sparer mehr als Leute, die Vermögen haben und Obligationen besitzen. Die Bevölkerung wird das nicht akzeptieren.

Im Tun ist auch die OECD-Mindestbesteuerung von grossen Konzernen.

Lampart: Das ist eine anspruchsvolle Reform. Sie wird aber zu Mehreinnahmen führen. Davon sollen die Menschen auch etwas haben.

Gerade weil es um eine globale Mindeststeuer geht, wird die Schweiz anders attraktiv für Unternehmen sein müssen. Die Teilabschaffung der Verrechnungssteuer und die Aufhebung der Umsatzabgabe auf Obligationen könnten dabei helfen.

Lampart: Das alles nützt den grossen Firmen nichts, weshalb sie deswegen auch nicht in die Schweiz kommen werden. Für sie ist wichtig, was für alle Unternehmen wichtig ist. Sie brauchen gut qualifiziertes Personal.

Mit der Emissionsabgabe werden nun weiterhin jährlich 250 Millionen Franken in die Staatskasse fließen – ein bescheidener Beitrag zum Abbau des Coronaschuldenbergs von über 30 Milliarden Franken.

Lampart: Der Bund und die Kantone haben in den letzten Jahren vor der

Krise 50 Milliarden mehr eingenommen, als sie ausgegeben haben. Sie verfügen darum über umfangreiche Reserven, die wir in der Coronakrise auch benötigt haben. Ein Teil dieser Reserven ist nun zwar aufgebraucht. Aber wir müssen nun nicht auf eine Sparpolitik wechseln. Es gibt keinen finanzpolitischen Handlungsbedarf wegen der Corona-Ausgaben.

Krisen wie die aktuelle können immer wieder auftauchen, und Eigenkapital macht Firmen dagegen robust. Wie können sich die Unternehmen nun für kommende Krisen wappnen?

Lampart: Krisen zeichnen sich ja dadurch aus, dass man sie nicht kommen sieht, sonst wären sie Routine. Die beste Krisenversicherung ist ein guter Sozialstaat, der beispielsweise Kurzarbeit finanzieren kann. Wirtschaftlich kommen jetzt zudem gute Zeiten. Schlaue Firmen bilden Reserven.

Interview: Reto Zanettin